Sonntag, den 2. November 1924.

Einzelnummer: 20 Groschen.

Lodzer Volkszeitung

Nr. 70.

Erscheint 3mal wöchentlich: Dienstags, Donnerstags und Sonnabends, mit dem Datum des darauffolgenden Tages. Anzeigenpreis: die 7gesp. Millimeterzeile 10 Gr., im Text 40 Gr. Stellen-Gesuche 50%, -Angebote 25% Rabatt. Ausland 50% Zuschlag.

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Lodz, Zamenhofa 17, III-16
Sprechstunden des Schriftleiters täglich 5—6 Uhr.
Telephon des Schriftleiters: 28-45.

Der Abonnementspreis für den Monat November beträgt 2 Zloty, wöchentlich 50 Groschen, zahlbar beim Empfang der Sonntagsnummern. — Für das Ausland 25 Prozent Zuschlag. — Für Amerika einen Dollar monatlich.

2. Jahrg.

Realpolitik oder Phrase.

Von Armin Zerbe.

Das Expose des Außenministers Skrzynski hat im Verhältnis zum Expose des Ministerpräsidenten einen bedeutend günstigeren Eindruck gemacht. Auch die Rechte, die seit der Berufung Skrzynskis in das Außenministerium ständig Attacken gegen ihn ritt, konnte sich des Eindrucks nicht erwehren, daß Skrzynski entschieden befähigter als die Zamoyskis und Seydas ist, um Polen nach außen hin mit einer gewissen Würde zu vertreten. Die Zurufe, die von den Bänken der Rechten kamen, waren ängstlich und äußerst schwach. Die Linke, vor allem die P. P. S., gab durch Beifall ihre Zufriedenheit zum Ausdruck. Die Minderheiten waren zum Teil überrascht über die warmen Worte, die Skrzynski gegenüber Deutschland und Ssowjetrußland gefunden hat, wenn auch diese Worte stets mit einem „aber" und „wenn" verbunden waren.

Das Expose bestand aus zwei Teilen. Im ersten Teil ging der Minister auf die Beziehungen mit den Nachbarländern ein. Im zweiten Teil behandelte er wirtschaftliche Fragen sowie die politische Lage, die durch die Verhandlungen in Genf entstanden ist. Sehr bemerkenswert waren die Aeußerungen über das Verhältnis Polens zu Deutschland. Sie waren nicht von dem Haß diktiert, die alle politischen Reden seiner Vorgänger auszeichneten. Und das ist immerhin als ein Fortschritt in Polen zu werten. Bringt die Scheidung der Geister in Deutschland der Demokratie einen Sieg, dann würden nach Meinung des Ministers auch die letzten Hindernisse wegfallen, die heute eine Zusammenarbeit der beiden Völker erschweren. Nur schade ist es, daß der Glaube an den Sieg der deutschen Demokratie, an den Sieg der Idee des Pazifismus, der bei der kurzen Betrachtung über die politisch-wirtschaftlichen Wirren in Deutschland zum Ausdruck kam, durch die Berührung der Frage über Deutschlands Eintritt in den Völkerbund nicht gerade den Eindruck erweckte, als läge unsrem Herrn Minister die wirtschaftlich-politische Gesundung des deutschen Volkes besonders am Herzen. Die Worte, die er gebrauchte, enthielten eine Kritik der deutschen Völkerbundspolitik. Ob dies zweckmäßig war, lassen wir dahingestellt sein. Während Grabski nur sagte, daß Polen protestieren würde, falls Deutschland und Ssowjetrußland auf günstigeren Bedingungen in den Völkerbund als Polen einziehen würden, ging Skrzynski bedeutend weiter. Er sagte, daß Deutschland bedingungslos in den Völkerbund aufgenommen werden könnte, doch stelle es selbst Bedingungen, durch die es sich zum Richter und Advokaten der nationalen Minderheiten in allen Staaten aufwerfen will. Warum so ängstlich, Herr Minister? Entspricht die polnische Minderheitenpolitik dem Minderheitenschutzvertrage, so wird Deutschland sicher daran nichts ändern können. Schließlich ist es ja auch allgemein bekannt, daß Deutschland sich der Stammesgenossen in anderen Ländern nicht sonderlich annimmt. Während der letzten Tagung der Interparlamentarischen Union in Genf haben die reichsdeutschen Delegierten beispielsweise alles vermieden, was den Anschein erwecken könnte, daß sie im Kontakt mit den deutschen Minderheitenvertretern der anderen Länder stehen. Was die angeblichen Ansprüche Deutschlands auf polnische Gebiete anbelangt, so hat sie Skrzynski nicht ohne Geschick zurückgewiesen. Uebrigens sprach er nur vom polnischen Korridor, ohne Oberschlesien zu erwähnen. Die Ankündigung des Abschlusses eines deutsch-polnischen Handelsvertrages ist zu begrüßen, denn der friedliche Güteraustausch ist Lebensnotwendigkeit für beide Länder.

Auch Rußland gegenüber hat Skrzynski ziemlich versöhnende Töne gefunden. Dem Bestreben, mit Ssowjetrußland in Frieden zu leben, gab er beredten Ausdruck. Es waren vielleicht der Komplimente und Verbeugungen etwas zu viel, jedenfalls stand dieser Teil der Rede im krassen Widerspruch zu den kriegerischen Reden des Staatspräsidenten Wojciechowski und des Kriegsministers Sikorski. Die Reise des Kriegsministers nach Paris sowie die Erklärungen, die er der dortigen Presse gab, sind keinesfalls geeignet, die Friedenspolitik des Skrzynski zu unterstützen. Zieht man noch die vor einigen Tagen neu aufgetauchte Konzeption der Regierungsumbildung: Sikorski — Ministerpräsident und Außenminister in Betracht, die mit großer Hartnäckigkeit wiederholt wird, so ist man fast geneigt, die starke Bekundung des Friedenswillens durch Skrzynski als wohlgelungene Phrase zu werten, die nur für das Ausland bestimmt ist.

Die strittigen Fragen zwischen Polen und der Tschechoslowakei gehen einer allmählichen Lösung entgegen. Mit Litauen will sich Skrzynski ebenfalls verständigen, doch dürfe Litauen die alten Fragen nicht mehr aufs Tapet bringen. Ueberaus herzliche Worte fand er für Frankreich. Wie weit die Freundschaft gegenüber Frankreich geht, zeigt nachstehender Satz: „Die Auswanderung der polnischen Arbeiterschaft — diese traurige, aber, wie ich hoffe, vorübergehende Erscheinung, erhält eine Milderung durch die Tatsache, daß die Auswanderung nach dem Lande unsrer allerherzlichsten Verbündeten geht, was uns die Sicherheit gibt, daß der polnische Arbeiter das Zusammengehörigkeitsgefühl mit dem Vaterlande nicht verlieren, sowie die Kinder im Glauben und der Sprache des Vaterlandes wird erziehen können." Diese Liebe geht reichlich weit. Sie macht Polen blind. Gerade die polnischen Arbeiter werden von unsren „allerherzlichsten" Verbündeten auf das schamloseste ausgebeutet und wer dem französischen Unternehmertum dazu die Hand reicht, das ist Polen selbst. Also, warum die Phrase? Wann wird bei uns endlich die Erkenntnis dämmern, daß Frankreich nur so lange unser „allerherzlichster" Verbündeter sein wird, so lange es Polen braucht. Sollte Herr Skrzynski die Suchomlinow-Briefe nicht kennen, wo es klipp und klar steht, daß Frankreich, daß Poincare und seine Freunde während des Krieges nicht einmal im Traume an die Selbständigkeit Polens gedacht haben? Ist erst Frankreich wieder in nähere Beziehungen zu Rußland getreten — der Anfang ist bereits durch die Anerkennung Ssowjetrußlands gemacht worden —, dann wird es auf Polen und die Interessen des polnischen Volkes pfeifen. Dies ist ebenso sicher wie zwei mal zwei vier ist.

Nach Erwähnung der im Abschluß befindlichen Handelsverträge mit Schweden, Norwegen, Griechenland und Persien ging Skrzynski auf seine Politik in Genf ein. Was er sagte, ist nicht neu, doch wie er es sagte, das ist neu. Danach hätten sich die in Genf versammelten Diplomaten gelobt, „Krieg dem Kriege" zu führen. Skrzynski legte bei dieser Gelegenheit erneut ein Friedensbekenntnis ab. „Recht geht vor Gewalt", das war die Losung von Genf.

Recht vor Gewalt! Würde dies auch die Losung unsrer Politiker sein, dann könnte man die Rede des Ministers Skrzynski als einen Wendungspunkt in der polnischen Außenpolitik betrachten. Die Ehrlichkeit des Friedenswillens von Skrzynski zu bezweifeln, haben wir keinen Anlaß. Er hat in Genf gezeigt, daß er zu denken und mit den Tatsachen zu rechnen versteht. Von ihm könnte man vielleicht eine Realpolitik erwarten,

Abonnementseinladung auf die „Lodzer Volkszeitung".

An unsere geschätzten Leser!

Dem allgemeinen Wunsche unserer Leserschaft in Stadt und Land nachkommend, erscheint die „Lodzer Volkszeitung" vom heutigen Tage an dreimal wöchentlich. Sie wird an Dienstagen, Donnerstagen und Sonnabenden mit dem Datum des darauffolgenden Tages zur Ausgabe gelangen.

Die Schriftleitung ist derart umgestellt worden, daß wir in Zukunft in der Lage sein werden, unseren Lesern mit den neuesten lokalen, in- und ausländischen Nachrichten dienen zu können. Dadurch wird die „Lodzer Volkszeitung" eine Tageszeitung vollauf ersetzen.

Der Redaktionsstab ist durch einige Mitarbeiter mit bekannten Namen erweitert worden. Wir werden deshalb auch weiterhin in der Lage sein, unseren Lesern Originalartikel bieten zu können. Die Zeitung bleibt weiterhin vollständig selbständig und wird ihrem Ziele treu bleiben: Dem Interesse der werktätigen deutschen Bevölkerung zu dienen und ein friedliches Nebeneinanderwohnen mit der polnischen Bevölkerung anzustreben.

Obwohl die Zeitung in größerem Format erscheinen wird, ist der Bezugspreis derart kalkuliert worden, daß die „Lodzer Volkszeitung" die billigste deutsche Zeitung bleibt, um dadurch von jedermann gelesen werden zu können. Der Bezugspreis beträgt:

Monatlich . . 2 Zloty
Wöchentlich . 50 Groschen
Einzelnummer 20 Groschen.

Die Zeitung ist in der Geschäftsstelle, Zamenhofa 17, telephonisch durch Nr. 28-45 und durch alle Zeitungsausträger zu bestellen.

Indem wir alle Deutschen zu einem Abonnement auf die „Lodzer Volkszeitung" einladen, drücken wir die Hoffnung aus, daß die Zahl der Leser nach dieser Neuerung derart steigen wird, daß wir schon in nächster Zukunft eine weitere Vergrößerung unseres Blattes vornehmen werden können.

Der Verlag der „Lodzer Volkszeitung".

doch fragt es sich, ob er den Mut hat, für seine Politik gegen die Machenschaften der Reaktion einzutreten. Denn nur dann könnte das Expose von Bedeutung für die zukünftige Gestaltung der polnischen Außenpolitik sein.

Der Wahlausgang in England.

Die Konservativen beherrschen die Lage.

Die Parlamentswahlen in England brachten der Arbeitspartei eine bedeutende Mandatseinbuße. Die Liberalen verloren noch mehr. Dagegen erreichten die Konservativen einen unerwarteten Erfolg.

Der Stimmungsumschwung der englischen Wählermassen erfolgte infolge eines Briefes, den Sinowjew im Auftrage der Dritten Moskauer Internationale an die englischen Kommunisten sandte. In dem Briefe verlangt Sinowjew von seinen englischen Genossen die Revolutionierung Englands. Er betrachtete England als für eine kommunistische Revolution reif genug. Dieser Brief wirkte auf die Freunde Labours niederschmetternd. Er bewies, daß Macdonald für sein energisches Eintreten bei der Schaffung eines Handelsvertrages mit Rußland und seine milde Behandlung der englischen Kommunisten nur Undank erntet. Der Brief bedeutete für Macdonald den Todesstoß. Er brachte den Verlust von gegen hundert Mandaten mit sich. Sinowjew dementierte den Brief zwar sofort und stellte ihn als eine plumpe Fälschung der Konservativen hin. Die übriggebliebene kurze Zeit gestattete jedoch eine Nachprüfung nicht, während die Konservativen den Brief mit beispielloser Demagogie auszunützen verstanden.

Bis zur Drucklegung unseres Blattes ist das Wahlergebnis aus 595 Bezirken bekannt. In denselben erhielten die Konservativen 393 Mandate, die Arbeitspartei 149 und die Liberalen 43. Die Konservativen verfügen also fast über eine Zweidrittelmehrheit. Die übrigen 20 Mandate werden das Verhältnis nicht beeinflussen. Macdonald wird die Regierung somit an Baldwin abgeben müssen.

Das Ergebnis der norwegischen Wahlen.

Nach den Endergebnissen der Stortingwahlen werden die Konservativen und die Bauernpartei eine Mehrheit von einem oder zwei Mandaten erzielen. Sie werden 76 oder 77 Mandate gegen 74 oder 73 Mandate der anderen Partei haben. Die Gesamtzahl der für die verschiedenen Parteien im ganzen Lande abgegebenen Stimmen ist: Konservative 315 000, Bauernpartei 131 000, Radikale 181 000, Arbeitspartei 174 000, Sozialisten 85 000, Moskauer Kommunisten 57 000, demokratische Arbeitspartei 15 000. Als Mandatsgewinner gehen die Bauernpartei und die Sozialdemokraten hervor. Der kleine Erfolg der Sozialdemokratie entspricht nicht ihrem wahren Fortschritt, da sie in zahlreichen kleinen Kreisen Stimmen bekommen hat, die in Anbetracht des Fehlens einer Reichsliste verloren gehen. Insgesamt haben die drei Arbeiterparteien mehr Stimmen erhalten als die vereinigte Rechte, aber sie kamen wegen ihrer Zersplitterung um nicht weniger als 15 Mandate zu kurz.

Das Hauptorgan der Bauernpartei „Nationen“ und das Organ der Radikalen „Dagbladet“ verweisen darauf, daß in dem neuen Storting keine Mehrheit sein werde für die Beseitigung des Alkoholverbots. Diese Frage werde wahrscheinlich im Jahre 1926 durch ein Plebiszit gelöst werden.

Die derzeitige Regierung wird in ihrem Amte verbleiben und die Stellungnahme des neuen Storting ihr gegenüber abwarten.

Der Abbruch der Zeppelinwerke

Das Pariser „Journal“ versichert, daß die Frage der Niederlegung der Zeppelinhalle in Friedrichshafen vorerst nicht akut werde, da eine französische Gesellschaft die Absicht habe, ein Luftfahrzeug von der Größe des soeben an Amerika abgelieferten in Deutschland zu bestellen, und begründete Aussicht bestehe, daß Deutschland die Lieferung übernehmen werde. Es bedürfe nur noch der formellen Zustimmung der Reparationskommission. Da der Bau des Luftschiffes etwa zwei Jahre erfordere, so werde die Frage der Zerstörung der Anlagen in Friedrichshafen bis auf weiteres vertagt. Im übrigen, so fährt das Blatt fort, gewinne die Auffassung an Boden, daß die Zeppelinluftschiffe bei ihrer Größe und angesichts der Fortschritte der Technik der Artillerie kaum mehr als Kriegsmittel in Betracht kämen. Die endgültige Entscheidung sei Sache der Interalliierten Obersten Militärkommission, in der Frankreich durch den Marschall Foch und den General Destiker vertreten sei. Diese, die in erster Linie von der Sorge um die Sicherheit der alliierten Länder geleitet sei, habe jedoch nicht die Absicht, ein Vernichtungswerk anzuordnen, das im Grunde vielleicht unnötig und wirkungslos sei.

Eine beigelegte Regierungskrise.

Der Sejm billigt die Außenpolitik Skrzynskis.

In der Dienstagsitzung wurde die Debatte über das Expose des Ministerpräsidenten Grabski eröffnet. Als erster Redner ergriff Abg. Głąbinski vom Nationalen Volksverband das Wort, der in einer ziemlich heftigen Weise das Expose einer Kritik unterzog. Natürlich nicht ohne Demagogie, wobei er Redewendungen gebrauchte, die höchst beleidigend für die Regierung waren. Als zweiter Redner sprach Żuławski von der P. P. S. Seine Rede war eine sachliche Anklage. Er hielt Abrechnung mit den Ministern Darowski, Hübner und Miklaszewski. An Arbeitsminister Darowski gewandt, der auf der Regierungsbank sitzend in hämischer Weise lächelte, sagte Abg. Żuławski:

„Der Herr Ministerpräsident gab von dieser Stelle aus das Wort, daß die Verlängerung der Arbeitszeit in Oberschlesien nur für die Dauer von drei Monaten vorgesehen ist. Sie aber haben ihn nach drei Monaten desavouiert. Herr Arbeitsminister, ein Mensch, der sich solchen Wortbruch zuschulden kommen ließ, dürfte auf der Regierungsbank nicht sitzen. Wir fordern ganz kategorisch ihren Rücktritt. Sie haben von hier aus des öfteren wiederholt, daß sie nicht einen Tag länger in der Regierung sitzen werden, falls sie das Vertrauen der Arbeiterschaft verlieren sollten. Und doch halten sie sich krampfhaft an den Ministersesseln, obwohl sie es ganz genau wissen, daß die Arbeiterschaft sie als größten Schädling betrachtet.“

Was das Ministerium des Innern anbelangt, so sei Minister Hübner unfähig, das Steigen der Teuerung aufzuhalten sowie die wild gewordene Polizei zu zwingen, die Repressalien gegenüber dem friedlichen Bürger einzustellen. Justizminister Wyganowski wiederum untergrabe das Justizwesen, wodurch er gleichzeitig das Ansehen des Staates ruiniere. Unterrichtsminister Miklaszewski sei ein Unikum, denn er besaß die Frechheit einer Studentendelegation gegenüber zu erklären, daß, wenn er es könnte, so würde er die Kolleggelder noch mehr erhöhen. Dieses Verhalten des Unterrichtsministers sei bezeichnend. Beweist es doch, daß der Herr Minister nicht einmal vor einer Vergewaltigung der Konstitution zurückschrecken würde.

Sehr eingehend besprach Żuławski auch das Minderheitenproblem. Er warf der Regierung Unfähigkeit vor.

Zum Schluß der Sitzung wurden zahlreiche Anträge vorgelesen. Darunter ein Antrag der Kommunisten, die sich einen Witz leisteten, indem sie die Freigabe des „Słowo Polskie“, eines Organs des Nationalen Volksverbandes forderten.

Die Mittwochsitzung brachte eine große Ueberraschung: Ministerpräsident Grabski verlas eine Deklaration, in der es u. a. heißt:

„Ich hatte die Absicht, nach Schluß der Aussprache zu antworten, doch sehe ich, daß gegenüber der Regierung die Taktik der Verächtlichmachung angewandt wird, die mich schon heute zwingt, die Vertrauensfrage zu stellen. Ich weiß ganz genau, daß diejenigen, die sich allein zur Rettung des Vaterlandes berufen fühlen, es nicht vertragen können, daß die Finanzsanierung das Werk einer Regierung ist, die nicht durch sie berufen wurde. Sie wollen durch ihre Politik eine Atmosphäre schaffen, die es ihnen ermöglichen würde, wieder zur Macht zu gelangen. Abg. Głąbinski als Vertreter der stärksten Partei hat in seiner Rede über das Budget die Wendung gebraucht: „Wir werden uns einer Unterwerfung durch fremde Staaten oder durch fremde Elemente widersetzen.“ Gleichzeitig aber erklärte Abg. Głąbinski, daß er mit der Regierung als mit einer Notwendigkeit des Augenblicks einverstanden ist.“

Der Ministerpräsident bat darauf den Sejmmarschall, die Abstimmung vorzunehmen und verließ mit dem Gesamtministerium demonstrativ den Sitzungssaal. Der Sejmmarschall ordnete eine Unterbrechung an, um mit dem Seniorenkonvent Stellung zu der neugeschaffenen Lage zu nehmen. Der Seniorenkonvent beschloß, die Sitzung auf Donnerstag zu vertagen, um den einzelnen Parteien Gelegenheit zu geben zu der durch Głąbinski und Grabski hervorgerufenen Regierungskrise Stellung zu nehmen.

In der Donnerstagsitzung ist die durch die Stellung der Vertrauensfrage durch Grabski entstandene Regierungskrise beigelegt worden. In dieser Angelegenheit waren vier Anträge eingelaufen: einer von der Christlichen Demokratie, ein zweiter von der P.P.S., ein dritter und vierter von den Juden und Ukrainern. Der Antrag der Christlichen Demokratie wurde mit 288 gegen 102 Stimmen abgelehnt. Der Antrag der P.P.S., dem sich gleichzeitig die „Wyzwolenie“ und der „Bauernbund“ angeschlossen hatten, wurde dagegen mit 210 gegen 170 Stimmen angenommen. Für den Antrag stimmten die Linksparteien sowie die Deutschen; dagegen der Nationale Volksverband sowie Ukrainer und Juden. Im Namen der Deutschen Sejmfraktion sprach Abg. Kronig. Er behielt sich die schärfste Kritik gegenüber dem Gesamtkabinett vor und erklärte, daß die Deutsche Sejmfraktion für den Antrag der P.P.S. stimmen werde, weil darin nur die Außenpolitik des Ministers Skrzynski gutgeheißen wird. Die Ukrainer und Juden begründeten ihren ablehnenden Standpunkt damit, daß die Erklärungen Skrzynskis in Genf, die dieser in der Minderheitenfrage gemacht hat, nicht der Wirklichkeit entsprechen.

Nachdem der Ministerpräsident telephonisch erklärt hatte, daß der Ausgang der Abstimmung ihn befriedige, wurde zur weiteren Debatte über das Budget geschritten. Abg. Poniatowski unterzog die Politik des Kriegsministers Sikorski einer sehr scharfen Kritik. Er bezeichnete dessen Politik als schädlich. Sikorski sei sehr ehrgeizig und wolle mit aller Macht Ministerpräsident werden. Es ist zum ersten Mal der Fall, daß die polnische Linke sich offen gegen Sikorski ausgesprochen hat. Im Namen der Deutschen Sejmfraktion sprach Abg. Piesch.

Die Regierungskrise ist für den Augenblick beigelegt worden. Doch ist es nicht ausgeschlossen, daß die Debatte über das Budget erneut eine Regierungskrise hervorrufen, zumindest aber eine Regierungsumbildung notwendig machen wird.

Eine Niederlage des Justizministers Wyganowski.

Die Rechtskommission des Sejm hat zwei Gesetzesentwürfe verworfen, die vom Justizminister eingebracht wurden und um deren schnelle Erledigung er besonders bat. Der eine Gesetzesentwurf betrifft Aenderungen im Strafverfahren in den ehemaligen russischen und preußischen Teilgebieten, der andere sieht die Normierung des Begnadigungsverfahrens vor. Ueber beide Entwürfe ging die Kommission, trotz der energischen Verteidigung des Vertreters des Justizministeriums, fast einstimmig zur Tagesordnung über. In Sejmkreisen ist man der Ansicht, daß dies für den Minister Wyganowski eine persönliche Schlappe bedeute und daß er die Konsequenzen daraus ziehen werde.

Die Auslieferung deutscher Abgeordneter.

Ein bedeutsamer Erfolg des Abg. Artur Kronig in der Geschäftsordnungskommission.

Am Mittwoch befaßte sich die Geschäftsordnungskommission des Sejm mit der Auslieferung einiger deutscher Abgeordneter an die Gerichte. Gegen Abg. Gräbe soll ein Gerichtsverfahren erhoben werden, weil er von den geschlossenen Räumen der Vereinigung des Sejms und Senats die Siegel entfernt hat, die dort ein Staatsanwalt angebracht habe. Gegen die Abg. Artur Pankratz und Berthold Moritz will die Staatsanwaltschaft deswegen ein Verfahren einleiten, weil sie in einer Versammlung die Bevölkerung aufgefordert haben sollen, keine Steuern zu zahlen.

Abg. Artur Kronig sprach gegen die Auslieferung dieser Abgeordneten. Er wurde von den Abg. Sanojca (Wyzwolenie), Liebermann (P. P. S.) und einem jüdischen Abgeordneten unterstützt. Die Auslieferungsanträge wurden sodann in der Abstimmung mit 8 gegen 7 Stimmen abgelehnt.

Bei der Festsetzung der Referate der Kommission für das Plenum forderte der Endek Marweg, ein bekannter Deutschenfeind, die Referate für sich, obwohl bis jetzt die Verteidigung im Plenum gewöhnlich einem Abgeordneten dieses Klubs übertragen wurde, dem der auszuliefernde Abgeordnete angehörte.

Abg. Kronig wandte sich in scharfen Worten gegen Marweg und forderte, daß die Referate im Plenum ihm übertragen werden. In der Abstimmung wurde mit 8 gegen 7 Stimmen Abg. Kronig zum Referenten ernannt.

Der Streit in der griechisch-katholischen Kirche Polens.

Wie erinnerlich sein dürfte, ist bereits vor zwei Jahren ein heftiger Streit in der orthodoxen Kirche Polens entbrannt. Die russische Richtung bekämpfte aufs heftigste die Warschauer Richtung unter Führung des Metropoliten Georg (Jerzy), der eine Aussöhnung mit der polnischen Regierung betrieb. Der Streit führte schließlich zu einem blutigen Drama, indem der Archimandrit Smaragd Latyszenko den Metropoliten Jerzy in seiner Wohnung in Praga erschoß. Das blutige Drama ließ den Streit im Schoße der orthodoxen Kirche Polens verstummen. Nun aber wird aus Wilna berichtet, daß ein neuer heftiger Streit innerhalb der orthodoxen Kirche entbrannt ist. Der Nachfolger des ermordeten Metropoliten Jerzy, der Metropolit Dionysius, ist, was die Politik der ortho-

doxen Kirche gegenüber der polnischen Regierung anbelangt, in die Fußtapfen des Ermordeten getreten. Er ist mit seiner Reformarbeit auf heftigsten Widerstand der sogenannten Wilnaer Richtung gestoßen, die konservativen Grundsätzen huldigt, von einer Aussöhnung mit Polen n i c h t s wissen will und an eine Wiedervereinigung mit Rußland denkt, wo freilich der Bolschewismus niedergerungen werden müßte. Führer der Wilnaer Richtung ist jetzt der Erzbischof Teodosius. Er hat Ende der vergangenen Woche eine Diözesanversammlung nach Wilna einberufen und hierbei eine heftige Kampagne gegen die Warschauer Richtung begonnen. Es gelang ihm, die Versammlung zur Annahme einer Resolution zu bewegen, in der man gegen die Reformabsichten des Metropoliten Dionysius schärfsten Protest erhebt. Die Spaltung in der orthodoxen Kirche Polens kann politische Folgen nach sich ziehen.

Lokales.

Die Teuerung in Polen.

Das Referat des Sekretärs des ökonomischen Komitees des Ministerrats Herrn Widomski zeigte uns folgende Ziffern:

1. Der Teuerungsindex beträgt bei uns im Vergleich zu den Vorkriegspreisen 164 Prozent, in Deutschland 120 Prozent.
2. Das Besohlen eines Paares Schuhe kostet im Verhältnis zur Vorkriegszeit 217 Prozent.
3. Die Medikamente und Arzneien stehen in einem Verhältnis von 370 Prozent zu den Vorkriegspreisen.
4. Das Waschen eines Oberhemdes kostet bei uns 1 Zloty 50 Groschen, in Deutschland 80 Groschen, in Tschechien 30 Groschen.
5. Eine ärztliche Visite kostet bei uns durchschnittlich 20 Zloty, in Deutschland 6 Zloty.
6. Der Prozentsatz für Bankkredite beträgt bei uns 24, in Wien 15 Prozent.

So steht es mit der Teuerung. Wie aber steht es mit den Löhnen? Im Dombrowaer Kohlenrevier wurde den Arbeitern der Lohn um 5 Prozent gekürzt. Die Arbeiter haben das Geld nicht angenommen und werden beim Gericht gegen die Industriellen wegen Vertragsbruch klagbar. In Lodz wird die 15prozentige Lohnforderung diskussionslos abgelehnt, so daß die Verbände entschlossen sind, ihre Forderung durch einen Streik zu unterstützen. In Bielitz-Biala ähnelt die Lage der in Lodz.

Wenn wir also die vorstehenden Teuerungsziffern mit der Behandlung der Arbeiterschaft durch das Kapital vergleichen, so sehen wir das Schreckliche der Lage. Die allgemeine Verteuerung der Lebensmittel kann unmöglich mit Lohnkürzungen Hand in Hand gehen. Diese Taktik ist sehr gefährlich. Deswegen muß Herr Grabski endlich aus seiner Reserve heraustreten.

Von der Krankenkasse. In der Dienstagsitzung der Verwaltung machte der Vorsitzende bekannt, daß die Regierung der Kasse gegen 300 000 Zloty schulde und daß er sich an das Finanzministerium mit der Bitte gewandt habe, diese Summe in das Budget des Staates für 1925 aufzunehmen.

Weiter gab der Vorsitzende bekannt, daß der Einspruch der N. P. R. an das Ministerium in Sachen der Nichtbestätigung des Herrn Dr. Szaykowski für den Direktorposten abgewiesen wurde.

Das Ministerium für soziale Fürsorge teilte der Kasse mit, daß es für alle Kassen eine Dienstpragmatik für die Beamten ausarbeite. Bestehende Pragmatiken sollen als nur zeitweilig verpflichtend angesehen werden. Die Verwaltung beschloß, gegen diese Vergewaltigung der Autonomie der Kasse zu protestieren und in dieser Frage eine Konferenz aller Kassen einzuberufen, um eine gemeinsame Ablehnung dieser Bevormundung zu erzielen.

Beschlossen wurde auf Antrag der ärztlichen Kommission einen Vertreter des Chefarztes anzustellen. In Sachen der Pachtung eines Sanatoriums begab sich Direktor Szuster nach Zakopane, um dort den Kontrakt für die Pacht eines Sanatoriums zu unterzeichnen.

Die Angelegenheit der Wahl des Direktors der Kasse wurde bis zur nächsten Sitzung vertagt.

Liquidierung von Registrierungsbüros. Mit dem 3. November werden vier Registrierungsbüros liquidiert werden Die Tätigkeit des Büros Nr. 2 übernimmt das Büro Nr. 1, die des Büros Nr. 5 das Büro Nr. 4, die der Büros Nr. 7 und 10 das Büro Nr. 9.

Arbeitslosenfürsorge für Handelsangestellte. Arbeitsminister Darowski hat als Antwort auf die Angriffe des Abg. Zulawski in der Sejmkommission für soziale Fürsorge erklärt, daß er ein Arbeitslosenfürsorgegesetz für die Handelsangestellten ausgearbeitet habe. Das Gesetz befindet sich gegenwärtig im Ministerrat.

Unterstützung für Kurzarbeiter. Das Komitee zur Verwaltung der Arbeitslosengelder hat eine Feststellung über die Zahl der Arbeiter angestellt, die weniger als drei Tage in der Woche arbeiten. Das Material ist dem Arbeitsminister mit dem Antrage überwiesen worden, diesen Kurzarbeitern auf gesetzlichem Wege Arbeitslosenunterstützung zu verschaffen.

Silberhochzeit. Am 3. November begeht das Ehepaar Edmund Schön und Marie geb. Jankowski das Fest der silbernen Hochzeit. Möge es dem Jubelpaare vergönnt sein auch das Fest der goldenen Hochzeit zu begehen.

Große Unterschlagung. Sechs Kassierer des Lodzer Kalischer Bahnhofes sind verhaftet worden, weil sie große Unterschlagungen begangen haben. Die Unterschlagungssumme beläuft sich auf einige Tausend Zloty.

Ein Kind verbrannt. Die in der Tokarzewskistr. 44 wohnenden Eheleute Tarnowski, die in einer Fabrik arbeiten, ließen ihre drei kleinen Kinder unter der Aufsicht der ältesten Tochter. Zu Mittagszeit mußte die Tochter den Eltern das Eisen in die Fabrik tragen und schloß daher die unbeaufsichtigten jüngeren Geschwister in der Wohnung ein. Bald darauf bemerkten die Nachbarn, wie Rauch aus der Wohnung drang. Als man die Tür aufgebrochen hatte, stand die Wohnung bereits in Flammen. Zwei Kinder konnten gerettet werden, während das jüngste den Flammen zum Opfer fiel. Das Feuer ist infolge Spielens mit Streichhölzern entstanden. — In der Josselewiczstr. 14 wiederum trank ein unbeaufsichtigter Knabe von 11 Jahren, namens Ammermann, fast eine ganze Flasche süßen Schnapses aus. Die nach Hause zurückgekehrten Eltern fanden den Knaben besinnungslos und ganz blau angelaufen auf dem Fußboden liegend vor. Der herbeigerufene Rettungswagen brachte den Knaben nach dem Spital.

Eine Kinderaufführung veranstaltet am 9. November im Sitzungssaale des Stadtrats, Pomorska 16, die deutsche Volksschule Nr. 111, Schulleiter Stv. Reinhold K l i m. Aufgeführt werden höchst anmutige deutsche und polnische Märchen. Ferner sind Reigen, eine Fähnchenübung der Mädchen, Stabübung der Knaben sowie Pyramiden vorgesehen. Wir machen auf diese Aufführung im empfehlenden Sinne aufmerksam, umso mehr, da der Reinertrag zur Gründung einer Schulbücherei bestimmt ist.

Die Arbeitsschule.

Wenn wir uns auch mit den schönsten Ideen für eine künftige bessere Gesellschaftsordnung herumtragen, wenn wir auch noch so viel darüber schreiben oder sprechen, so wird das nicht zu dem gewünschten Ziele führen, sofern wir uns nicht bemühen, die geeigneten Wege hierzu zu suchen. Solch einen Weg zeigte am vorigen Donnerstag Herr Gymnasiallehrer A. B r e y e r aus Zgierz im Christl. Commisverein z. g. U., indem er vor einem zahlreich erschienenen Publikum das Thema „Die Arbeitsschule" behandelte. Wir glauben, daß die Zuhörer die Ueberzeugung gewonnen haben, daß eine ideale Erziehung die wichtigste Grundlage für eine Gesellschaftsordnung ist, wie sie heute von vielen herbeigewünscht wird. Redner führte aus, worin sich die neue Schule von der alten Lernschule unterscheidet, und erläuterte an Beispielen das Unterrichtsverfahren der neuen Schule. Es wurde gezeigt, auf welche Weise die Kinder zu selbständiger Tätigkeit angeleitet werden, damit sich die schlummernden Fähigkeiten bei jedem Kinde ihrer Eigenart gemäß voll entwickeln, und wie sich durch die neuen Methoden die Denkkraft der Kinder entfaltet. Die große Bedeutung der neuen Schule für das gesellschaftliche Leben liegt darin, daß die Zöglinge den Wert der Arbeit richtig zu würdigen lernen, und daß in ihnen das Zusammengehörigkeitsgefühl in der Menschheitsfamilie geweckt und erzogen wird. — Es wäre sehr wünschenswert, wenn auch andere Lehrer, die den Philister bereits abgestreift haben, durch Vorträge das Publikum über die Bestrebungen der neuen Schule aufklären würden. Den Eltern würde dadurch die Möglichkeit gegeben werden, zielbewußt ganz bestimmte Forderungen an die Schule zu stellen. Es sollte keinem Vater und keiner Mutter gleichgültig sein, ob sie ihr Kind einem Lehrer-H a n d w e r k e r oder einem Erziehungs k ü n s t l e r anvertrauen.

H-s S-d.

Deutsches Theater.

„Kiki", Komödie in 3 Akten von André Picard.

Man muß sich staunend fragen, wie es möglich sein konnte, daß sich Direktor Dr. Lohan persönlich inkommodierte, um diese Komödie in Szene zu setzen. Sie ist doch kaum unterhaltend, dafür aber geistlos. Der dünne und leichte Humor ist stellenweise durch ein paar Körnchen Paprika gewürzt. Das ist alles. Sonst geistiger Kretinismus von A bis Z. Von hervorragenden Kräften gespielt, hätte man wenigstens das Spiel bewundern können und die Lodzer hätten vielleicht, von ihrer Prüderie vergessend, herzlich mitgelacht. So aber war es eine allgemeine Enttäuschung.

Eine kleine Schauspielerin ist in einen Theaterdirektor verliebt. Mit kindlichem Starrsinn sucht sie seine Liebe zu erringen. Sie simuliert einen kataleptischen Schlaf, macht schließlich den Theaterdirektor wirklich in sich verliebt und gibt sich flüsternd: „Du, du bist der erste!"

Man kann nicht sagen, daß gerade schlecht gespielt wurde. Jeder gab sich Mühe, das Beste aus dem Stück herauszuholen, doch war dies alles nicht genug. Der erste Akt fiel am schwächsten aus. Ellinor F a l k war eine starrköpfige, manchmal vor Lebendigkeit übersprudelnde kleine Kiki. Erika van D r a a z als Freundin des Theaterdirektors gefiel im zweiten Akt, weniger im dritten. Von den Herren sind besonders Franz P f a u d l e r, der trefflich den alten verliebten Lebemann kopierte, und Max R o s e n als Theaterdirektor zu erwähnen. Aber auch Friedrich L i n k s sowie Martin M i l l e r als Diener waren nicht schlecht.

Die Bühnenausstattung in den drei Akten wirkte dekorativ nicht übel.

—az.

Vom Deutschen Theater.

Aus der Theaterkanzlei wird uns geschrieben:

Am Sonnabend, den 1. November, — Allerheiligen — um 11³⁰ Uhr veranstaltet die Direktion ihre erste literarische Matinée. Gegeben wird „Das Postamt", ein Bühnenspiel in zwei Akten des großen indischen Dichterfürsten Rabindranath Tagore. Beschäftigt sind die Damen: Falk und Samoghi, und die Herren: Braun, Ciovski, Schreiber, Links, Miller, Rosen und Stieber. Die Regie hat Herr Links inne. Mitglieder des Theatervereins „Thalia" haben zu dieser Veranstaltung, bei Ankauf eines Billetts zum vollen Preise, Anrecht auf eine Freikarte. Die Abonnenten haben das Vormerkrecht auf ihre Plätze bis Freitag, den 31. Oktober, mittags. Am Sonntag, den 2. November, um 2 Uhr nachmittags, findet die letzte Wiederholung der Friedmann und Lunzerschen Komödie „Frau Lohengrin" zu volkstümlichen Preisen statt. Abends wird „Kiki", eine Komödie von Andrée Picard, gegeben.

Vom Lodzer Stadtparlament.

Die Mehrheit wankt.

Die Donnerstagsitzung leitete Dr. Fichna. Das Büro teilte mit, daß Stv. L i p s k i (P. P. S.) sein Mandat niedergelegt und an dessen Stelle Stv. H u t n i k getreten ist. Die Fraktion der Nationaldemokratie stellte im Zusammenhange mit dem Selbstmord des Direktors der Gasanstalt, Herrn Nelkenbaum, einige Fragen über die Wirtschaft in der Gasanstalt und kündigte einen Dringlichkeitsantrag in dieser Angelegenheit an. Dies bedeutet, daß die n a t i o n a l e Stadtratmehrheit ins Wanken geraten und daß in ihr ein bedenklicher Familienzwist entstanden ist.

Um einen Vertrag mit dem Elektrizitätswerk.

Der Magistrat legte dem Stadtrat ein Projekt eines Vertrages des Elektrizitätswerkes mit der Stadt vor, nach welchem das Werk bis zum Jahre 1964 den bisherigen Pächtern überlassen wird. Die Stadt soll in einem Verhältnis von 20 Prozent Mitbesitzer am Werk sein. Die Opposition stellte fest, daß die rechtliche Seite des Vertrages noch nicht genügend aufgeklärt sei, weswegen sie forderte, die Klarlegung der Obersten Staatsanwaltschaft zu übertragen. Der Antrag wurde abgelehnt. Daraufhin wurde seitens der Fraktion der D. A. P. und der P. P. S. eine Erklärung abgegeben, daß diese Fraktionen die Verantwortung für diesen ungünstigen Vertrag nicht übernehmen können und gegen seine Annahme stimmen werden.

Der Vertrag wurde mit 37 gegen 16 Stimmen angenommen.

Die deutschen Abendkurse.

Stv. K l i m (D. A. P.) reichte nachstehenden Dringlichkeitsantrag ein:

Der Magistrat ist auch in diesem Jahre zur Organisierung von Abendkursen für Erwachsene geschritten. Zu diesem Zwecke hat er vier Abendschulen eröffnet: Gdanska 90, Rzgowska 17, Zgierska 70 und Wólczanska 139. Den deutschen Arbeitern, für die die Stadt aus städtischen Mitteln seit dem Jahre 1922 Kurse mit deutscher Unterrichtssprache unterhielt, hat der Magistrat im neuen Schuljahre keine Meldestelle angewiesen und für sie keine Kurse eröffnet. Diese Tatsache hat in den weitesten Kreisen der deutschen Bevölkerung eine begründete Unzufriedenheit hervorgerufen und man erblickt im Vorgehen des Magistrats eine Spitze, die ganz unzweideutig gegen die notwendigsten kulturellen Bedürfnisse der deutschen Gesellschaft gerichtet ist. Ein derartiger Zustand kann und darf nicht länger toleriert werden, da er nicht nur die Autorität des Magistrats, sondern in allererster Linie diejenige des Stadtrats, welcher auf der Wacht derjenigen Rechte steht, die allen Bürgern die Gleichheit vor dem Gesetze sichern, untergräbt.

Ich beantrage daher:

Der Stadtrat wolle beschließen:

Der Magistrat wird aufgefordert unverzüglich zur Eröffnung von Abendkursen für deutsche Arbeiter mit deutscher Unterrichtssprache zu schreiten und zu diesem Zwecke eine Anmeldestelle für die Hörer zu bestimmen.

Da die Sitzung vorzeitig geschlossen wurde, konnte der Antrag nicht behandelt werden.

Von der Deutschen Arbeitspartei.

Diskussionsabend.

Am Montag, den 3. November, um 7 Uhr abends, findet in der Andrzejastraße 17 ein Diskussionsabend statt. Stadtverordneter Otto G r a ß wird über das „Wesen der Armut" sprechen.

Mitgliederversammlung der D. A. P. in Zdunska-Wola.

Die für den Sonntag, den 26. d. Mts., von dem Vorstand der Ortsgruppe Zdunska-Wola einberufene Mitgliederversammlung war außerordentlich stark besucht. Das Interesse für die Partei war so stark, daß eine sehr große Anzahl von Sympathikern, die noch nicht Mitglieder der Partei sind, den Wunsch ausdrückten an der Versammlung teilzunehmen. Diesem Wunsche kam die Verwaltung nach. Die Leitung der Versammlung wurde dem Hauptvorstandsmitgliede Abg. E. Zerbe übertragen. Ungeachtet der anwesenden Nichtmitglieder führte Abg. E. Zerbe die Beratungen der Tagesordnung im vollen Umfange durch, um auch den Parteifreunden einen möglichst tiefen Einblick in die Bestrebungen der Partei zu geben. Dies ließ sich umso leichter tun, als in der Tagesordnung Punkte wie ein Referat über die Parteientwicklung, Referentenkurse, Diskussionsabende in Zdunska-Wola behandelt wurden. Die Verhandlungen boten ein Bild reger Parteiarbeit und zeigten, daß der Ortsgruppe Zdunska-Wola die Inswerksetzung vieler Aufgaben bevorsteht. Die vorgenommenen Wahlen in den Vorstand der Ortsgruppe sind die Gewähr dafür, daß die Ortsgruppe diesen Aufgaben gewachsen sein wird. Nach einem kurzen Referat des Abg. E. Zerbe über die politische Lage Polens fanden die fast 3 Stunden dauernden Beratungen ihr Ende.

Aus dem Reiche.

Schwierigkeiten bei der Magistratsbildung in Konstantynow.

Die N. P. R. und die Juden fordern den Rücktritt des deutschen Vizebürgermeisters.

In der ersten Sitzung des neugewählten Stadtrats von Konstantynow stellten, wie wir bereits berichteten, die mit den Juden blockierten N. P. R.-Leute den Antrag, dem Bürgermeister Grysel das Mißtrauensvotum auszudrücken. Der Antrag wurde abgewiesen, worauf die Antragsteller scharfe Opposition ankündigten.

Auf Vorschlag des Starosten erklärte sich die Mehrheit einverstanden, der N. P. R. zwei Schöffenmandate zu übertragen, um dieselbe zur Mitarbeit im Magistrat heranzuziehen. Dieses Angebot wiesen die N. P. R.-Leute zurück und drohten darauf damit, zusammen mit den Juden aus dem Stadtrat auszutreten und dadurch die Behörde zu zwingen, Neuwahlen auszuschreiben. Diese Drohungen stieß die N. P. R. bereits vor der Bürgermeisterwahl aus, um die Mehrheit zu terrorisieren.

Die Starostei, die im Interesse einer produktiven Arbeit eine Zweidrittelmehrheit schaffen möchte, delegierte am Montag zwei Beamte nach Konstantynow. Aufgabe dieser Beamten war es, die N. P. R. für die Mitarbeit im Magistrat zu gewinnen.

Zu der Besprechung wurden alle Stadtverordneten und die bereits gewählten Magistratsmitglieder hinzugezogen. Die Einwohnerschaft von Konstantynow, die von dieser Konferenz Kenntnis erhielt, versammelte sich in großer Zahl vor dem Magistrat, um das Resultat der Verhandlungen zu erfahren.

Auf den Vorschlag der Beamten an die N. P. R. die angebotenen zwei Schöffenmandate anzunehmen, antwortete deren Sprecher, daß seine Partei nur dann die Opposition aufgeben werde, wenn der deutsche Vizebürgermeister zurücktreten und sein Amt der N. P. R. übergeben wird. Die Beamten legten diese Forderungen den Deutschen und der P. P. S. vor und versuchten „im Interesse des Friedens" Vizebürgermeister Stehr zum Rücktritt zu bewegen. Die Mehrheit (Deutsche und P. P. S.) wies diese Forderung mit Entrüstung zurück. Die auf dem Ringe versammelten Bürger unterstützten die Stellungnahme der Mehrheit durch Beifallrufe und erhoben gegen die N. P. R. die Fäuste. Dabei ist zu bemerken, daß vor dem Magistrat fast ausschließlich Polen versammelt waren, die mit der bisherigen Wirtschaft der N. P. R. im Magistrat nicht zufrieden sind. Die Beamten erklärten hierauf, daß der Stadtrat arbeitsunfähig sei und, wenn die N. P. R. mit den Juden austreten würden, aufgelöst werden müsse. Bürgermeister Grysel antwortete, daß bei einem Austritt dieser 11 Stadtverordneten vor allen Dingen erst deren Ersatzmänner ebenfalls zurücktreten müßten. In zweiter Linie müßte dann nicht die Auflösung des Stadtrats erfolgen, sondern Ergänzungswahlen. Im Namen der Mehrheitsparteien erklärte Grysel dann weiter, daß er nicht daran denke, sich von der N. P. R. terrorisieren zu lassen und daß es hohe Zeit sei, die Gleichberechtigung in Polen wahr zu machen.

Die Beamten der Starostei mußten unverrichteter Sache nach Lodz zurückkehren. Die Mehrheit ist mit Recht fest entschlossen, den Magistrat ganz zu übernehmen.

Erst die nächste Stadtratsitzung wird die endgültige Entscheidung bringen.

Pinsk. Eine sensationelle Wendung hat der Prozeß gegen die Banditen genommen, die sich angeblich an dem Ueberfall auf den Eisenbahnzug bei Luniniec beteiligt haben sollen. Drei der Verhafteten wurden vom Standgericht freigelassen. Das Verfahren gegen drei weitere Angeklagte wurde dem gewöhnlichen Gericht überwiesen.

Sport.

Tabelle der Meisterschaftsspiele.

(Derzeitiger Stand.)

Vereine	Spiele	Siege	Niederlagen	Unentschieden	Tore für	Tore gegen	Punkte
L. Sp.- u. Tv. . .	8	5	1	2	22	8	**12**
Touring Club . .	7	5	1	1	22	10	**11**
Ł. K. S.	6	4	1	1	21	5	**9**
Union	7	1	5	1	7	23	**3**
Kraft	8	—	7	1	7	33	**1**

Die Tschechoslowakei führt den Professionalismus ein. Aus Prag erhalten wir eine aufsehenerregende, wenn auch längst erwartete Nachricht. Ab 1. Januar 1925 tritt der Professionalismus in der Tschechoslowakei laut dem gestrigen Beschluß des tschechoslowakischen Fußballverbandes offiziell in Wirksamkeit. Die Einführung ist, ebenso wie in Oesterreich, eine probeweise und müssen die Vereine bis ersten Januar ihre diesbezügliche Entscheidung treffen. Sparta und D. F. C. haben sich bereits für den Professionalismus entschieden, die Slavia deklariert sich noch als Amateurteam.

Offizielle Kursnotierungen.

Devisen	24. Oktober	30. Oktober
	in Zloty	
Engl. Pfd.	23,41	23,15
Dollar	5,18	5,185
Schw. Frank.	99,97	99,50
Franz. Frank	27,25	26,97
Belg. Frank	25,04	24,68
Goldbons	—.92	—.92

Verleger und verantwortlicher Schriftleiter: Stv. Ludwig Kuk.
Druck: J. Baranowski, Lodz, Petrikauer 109.





Die Krankenkassen in Polen.

Der Kampf der Sozialisten um eine weitgehende soziale Versicherung der Arbeiterschaft hat uns u. a. die Krankenkassen gebracht. Der Wert derselben ist jedoch von den Massen der zwangsweise Versicherten bei der Einführung derselben nicht erkannt worden. Auch heute noch sind sich ganze Reihen Versicherter der Bedeutung der Kassen nicht bewußt und betrachten dieselben als ein ihnen aufgezwungenes Uebel. Wenn wir heute von der Krankenkasse sprechen, so hört man höchstens ein wegwerfendes Wort aus dem Munde desjenigen, den man von der Bedeutung der Kasse überzeugen will. Und wenn der Betreffende noch hört — was dem Unterzeichneten des öfteren passiert —, daß man im Rat oder in der Verwaltung der Kasse durch den Willen der Wähler sitzt und an der Vervollkommnung der Kasse mitarbeitet, so sieht man erstaunte Gesichter, die sagen wollen: „Sie arbeiten dort mit? Ist es nicht schade um die Zeit, die Sie dort verlieren?“

Die Frage: „Sie arbeiten dort mit?“ ist in den meisten Fällen so zu verstehen, daß der zu Belehrende sagen will: „Sie arbeiten dort mit und trotzdem die Unordnung, trotzdem die Unzufriedenheit mit der Kasse?“

Diese Stimmung der Versicherten den Kassen gegenüber ist in den allermeisten Fällen nicht durch die Ueberzeugung der Unbelehrten entstanden, sondern durch die Agitationsarbeit der Feinde der Kasse. Zu den Feinden gehören in erster Linie die Industriellen und überhaupt alle Arbeitgeber, die bedeutende Summen für ihre Angestellten an die Kassen abführen müssen. Diese Feindschaft hat einen ganz einfachen Grund. Die Arbeitgeber möchten eben die drei Fünftel der Versicherungsprämie nicht zahlen, da sie durch die Errichtung von Fabriksambulatorien und die Anstellung eines Arztes weit billiger kommen und die Angestellten dadurch in einem größeren Abhängigkeitsverhältnis halten wollen. Was diese Fabriksambulatorien aber für die Arbeiter bedeuten, ist schon oft erläutert worden. Jedoch noch nicht so oft, um überall dorthin zu dringen, wo die Zweifel noch bestehen und sich derart festgesetzt haben, daß sie gerade den Arbeitgebern immer wieder eine vorzügliche Waffe im Kampfe mit der Krankenkasse sind. Wir wollen sie deshalb kurz berühren. In allererster Linie ist ein Arzt in einem Fabrikslaboratorium, wovon sich die Arbeiterschaft wohl vor dem Kriege zur Genüge überzeugt haben dürfte, von dem Arbeitgeber abhängig. Der Arzt muß dem Kranken die Medizin verordnen, die billig ist und im günstigsten Falle nur vorübergehend die Krankheit beseitigt oder einschläfert. Die beliebteste Medizin, die der Arzt vor dem Kriege in den Ambulatorien der Fabrik verordnet hat, war ein Abführmittel. Dieses wurde bei fast allen inneren Krankheiten in Anwendung gebracht und wirkte natürlich für die Tasche des Arbeitgebers. Denn der kranke Arbeiter, der ein Leiden hatte, das durch Rizinusöl oder Hoffmannstropfen nicht wegzubringen war, mußte zu einem Privatarzte gehen, um Heilung zu finden. Beim Fabriksarzte versuchte er sein Glück nicht mehr, weil er sich davon überzeugt hatte, daß Rizinusöl ihm das Nieren- oder Leberleiden nicht beseitigt. Diese ärztliche Hilfe erwies sich also bald als keine Hilfe.

In zweiter Linie drohte dem öfter kranken Arbeiter die Entlassung, ohne die Möglichkeit zu haben, seine Kur zu beendigen. „Kranke Arbeiter brauche ich nicht,“ erklärte der Arbeitgeber und drückte dem Erkrankten den Kündigungsstempel in das Lohnbuch. Der Kranke mußte dann seine Krankheit mit sich herumtragen, oder, wenn er in der glücklichen Lage war, einen Privatarzt in Anspruch nehmen zu können, sich auf eigene Kosten kurieren lassen.

Diese Gefahren für den Arbeiter schließt die Krankenkasse vollständig aus. Der Kranke hat die Möglichkeit, Spezialisten zu konsultieren und die Möglichkeit, sich diese Spezialisten selbst zu wählen. Er erhält bei bettlägeriger Krankheit weitgehende materielle Unterstützung, die seinen Arbeitgeber nichts kostet, wird erforderlichenfalls in einem Hospital untergebracht und schließlich, wenn sein Zustand dies erfordert, in Erholungsheime und Bäder geschickt. Diese Pflege konnte ihm sein früherer Arbeitgeber nie bieten.

Die weiteren Feinde der Kasse sind die Aerzte. Deswegen, weil sie natürlich in ihrer Privatpraxis größere Verdienste erzielen konnten und die Gebühren nach Belieben festsetzten. Heute muß man jedoch schon feststellen, daß viele Aerzte ihre Feindschaft zur Kasse aufgegeben haben. Sie haben sich teilweise davon überzeugt, daß ihre Opposition zwecklos sei. Deswegen haben viele von ihnen ihre Taktik umgestellt und finden in der Kasse heute schon die Möglichkeit, populär und gesucht zu werden. Dies gelingt ihnen durch eine gründlichere Behandlung des Kranken und durch entsprechenden Umgang mit denselben. Es ist daher die berechtigte Hoffnung vorhanden, daß die Klagen der Versicherten über eine oberflächliche Behandlung der Kranken immer mehr nachlassen und daß Kranke und Aerzte zueinander das zum Gelingen der Kur so notwendige Vertrauen finden werden.

Die größten Feinde der Krankenkasse sind jedoch diejenigen Versicherten, die, wenn ihnen eine schlechte Behandlung oder sonst ein Unrecht in der Kasse zugestoßen ist, sich nicht bei den Mitgliedern der Verwaltung oder der Leitung der Kasse beschweren und Abhilfe fordern, sondern von dem ihnen zugestoßenen Unrecht herumerzählen und damit beweisen wollen, daß die Kasse ein Uebel und kein Segen für die Arbeiterschaft ist. Diesen Unzufriedenen müssen wir den Fall des Herrn Wicha in Lodz in Erinnerung bringen, der den richtigen Weg gefunden und dadurch im Interesse der Allgemeinheit erreicht hat, daß die Verwaltung energisch einschreiten konnte.

Die Krankenkasse ist Eigentum aller Versicherten. Alle müssen sie daher mitarbeiten, um die Verhältnisse in der Kasse der Gesundung entgegenzuführen. Die Verwaltung und Leitung kann unmöglich von allem dem Kenntnis haben, was in den einzelnen Abteilungen derselben geschieht und aus Kollegialität eines Beamten gegenüber dem anderen der Leitung verschwiegen wird.

In einem weiteren Artikel werden wir einzelne hier angeschnittene Fragen näher behandeln.

L. Kuk,
Mitglied der Verwaltung
der Lodzer Krankenkasse.

Du Volk!

Noch ist der Tag nicht für das Volk erstanden,
noch lastest du dahin, von fremdem Willen angetrieben,
noch bangst in deiner Hoffnung du, gleich Nieerkannten,
die ihre Seele in dem Mahlstein des Alltäglichen zerrieben.

Noch war dein Fühlen Wallfahrt nur und Prozession,
Gebet und Bitte, an die treibende Gewalt gerichtet,
doch hat dein Herr in Spott und Hohn
auf deine Demut selbst verzichtet.

Noch bist du so im Leid ein Ungehörter,
des Schreie sich im Labyrinth der Fron verlieren,
in deinen Ketten nur ein Selbstbetörter,
des Augen glanzlos in das Dunkel stieren.

Doch einmal wirst du deinen Sinn verstehen,
einmal stößt du die Pforten ein,
wenn deine Demut wird im Zorn vergehen —
dann wirst du Volk — du selber sein!

E. K—r.

Adalises Ehe.

Roman von **A. Hruschka.**

(Nachdruck verboten.)

(49. Fortsetzung.)

XXII.

Während des ganzen Mittagessens war Adalise unruhig gewesen und kämpfte mit sich. Sollte sie gehen oder nicht?

Am Vormittag hatte die Försterin aus Mairingen, die in Schneeschuhen und Pelzmütze trotz des Schneetreibens ins Dorf gekommen war, weil sie Lebensmittel brauchte, ihr eine Nachricht von Löwenkreuz gebracht.

Er war da! Am Morgen unerwartet angekommen! Um einen Rehbock zu schießen, wie die Försterin sagte. Adalise aber las mit klopfendem Herzen: „Von fünf Tagen Urlaub bringe ich zwei in Mairingen zu — Ihretwegen! Zweieinhalb Jahre haben wir uns nicht gesehen!! Ich flehe Sie an, nach Tisch für ein Viertelstündchen wenigstens in den Wald zu kommen. Der Weg nach Mairingen ist vollkommen gut gangbar. Das erste Wiedersehen soll ohne Zeugen sein. Zum Tee komme ich dann offiziell nach Karolinenruhe. Aber erst kommen Sie! Ja? Ich erwarte Sie ganz bestimmt — in Sehnsucht die Minuten zählend!“

Anfangs war es wie ein Glückstaumel über Adalise gekommen. Er war wieder da! Sie würde ihn wiedersehen endlich! Endlich! Zweieinhalb Jahre —? Ja, so lange war es. Man stand mitten im dritten Kriegswinter. Und tödlich langsam war die Zeit hingeschlichen, ereignislos — einförmig, niederdrückend! Denn was kümmerte es sie, was draußen in der Welt vorging? Ihr Herz lag schwer wie ein Stein in der Brust, ihre Seele hatte keine Flügel mehr. Nur Sehnsucht hatte sie ... grenzenlose Sehnsucht nach etwas Großem, nach einem anderen Leben ...

Nun aber schien ihr plötzlich, als sei es Frühling geworden und die Welt ganz verwandelt.

Fröhlich ging sie in ihrem Zimmer auf und ab, lächelte vor sich hin und dachte ganz glücklich: Nun ist er wieder da! Nun muß alles besser werden! ...

Bis sie plötzlich betroffen stehen blieb und erschreckt dachte: Ja, mein Gott — liebe ich ihn denn, daß mich sein Kommen so närrisch macht?

Nein! Nein! Nein! Liebe, das griff doch noch ganz anders ans Herz. Nein. Liebe war es nicht. Aber sie freute sich, daß er sie liebte. Sie freute sich, dies wieder in seinen Augen lesen zu können. Es würde ihr auf eine Weile das bange, kalte Gefühl innerer Einsamkeit nehmen, unter dem sie so sehr litt ...

Sollte sie wirklich gehen? Eigentlich war es doch sonderbar, daß Löwenkreuz sie nur so zu einem Stelldichein bestellte wie die Erstbeste. Im Sommer war das doch anders gewesen. Sie ging eben spazieren und man traf sich „zufällig“ ohne bestimmte Abmachung. Diesmal befahl er ihr sozusagen ...

Und im Winter, gar bei Schneetreiben, ging man nicht spazieren. Heimlich, wie eine Diebin mußte sie sich zum Haus hinausschleichen. Und wenn jemand sie zufällig draußen sah, mußte jeder erraten ...

Nein, es ging nicht. Was dachte er sich nur eigentlich? Ihr solch einen Vorschlag überhaupt zu machen!! Sie müßte ja erröten vor sich — vor ihm, vor jedermann!

Aber ... er wartete! Er zählte die Minuten ...

Bei Tisch war sie zerstreut. Beständig noch im Zweifel, ob sie gehen sollte oder nicht.

Lo Andermatt beobachtete sie heimlich unausgesetzt. Was bedeutete diese Unruhe? Adalises Augen hatten einen fremden, heimlichen Glanz, zuweilen strahlten sie förmlich. Dann wieder wurden sie kalt und hochmütig. Und vor zwei Stunden hatte Lo die Försterin aus Mairingen ins Haus schlüpfen sehen. Sie beschloß, die Freundin jedenfalls nicht aus den Augen zu lassen.

Nach Tisch begab sie sich wie gewöhnlich in ihr Zimmer, legte sich aber nicht nieder. Als sie nach einer Weile Adalises Tür gehen hörte, war sie wie der Blitz draußen auf dem Korridor.

Also doch! Adalise, in ihrem Pelz vermummt, mit Schneeschuhen an den Füßen, wollte ausgehen! Und plötzlich erriet Lo alles. Löwenkreuz war da und hatte ihr durch die Försterin Botschaft geschickt!

Im nächsten Augenblick hing sie an Adalises Arm, schmeichelnd wie ein Kind.

„Du willst ausgehen, Liebe? Wohin?“

Adalise war in jähem Wechsel rot und blaß geworden. Nun sagte sie unsicher: „Ja. Es schneit so hübsch ... ich will ein wenig spazieren gehen ...“

„Ach bitte, nimm mich mit! Ja? In zwei Minuten bin ich fertig!“

„Unmöglich. Ich habe ... furchtbare Kopfschmerzen. Darum will ich ein wenig an die Luft. Aber sprechen kann ich nicht. Verzeih, Lo, aber ... es geht wirklich nicht! ... Auf Wiedersehen beim Tee.“

Es ließ Lo keine Ruhe. Sie war empört. Außer sich vor Wut.

Wie konnte Adalise wagen, sie so abzufertigen? Was fiel ihr überhaupt ein, Löwenkreuz nachzulaufen! Wenn sie wüßte ... Das mußte sie wirklich mit eigenen Augen sehen.

Gräfin Lo machte sich eilig zum Ausgang bereit. Als sie das Haus eben verlassen wollte, hörte sie Leo Gottulans Schritt hinter sich, der wie stets um diese Zeit nach der Fabrik ging.

Lo Andermatt erschien dies Zusammentreffen wie eine Offenbarung. Eine Sekunde lang nur kämpfte sie gegen die aufsteigende Versuchung an. Dann blieb sie am Haustor wartend stehen.

Gottulan war verwundert, die verwöhnte, kleine Gräfin bei diesem Wetter ausgehbereit zu sehen.

(Fortsetzung folgt.)

Fürstenliebe.

Vor einiger Zeit hat sich die österreichische Gräfin Szechenyi das Leben genommen. Jetzt veröffentlicht eine Freundin von ihr die Gründe, die einen Blick in das Liebesleben der „höchsten Herrschaften“ gestatten und zeigen, welch „edle Charaktere“ unter den Fürsten zu finden sind.

Die Gräfin ging ein Verhältnis mit dem Erzherzog Eugen ein, ließ sich von ihrem Manne scheiden und folgte dem abgesetzten Habsburger in das Exil, wo sie für ihn sorgte. In der Veröffentlichung heißt es:

„Es war kurz nach der Revolution in Oesterreich. Der ehemalige Erzherzog Eugen war in die Schweiz geflohen. Dort saß er in dem kleinen Hotel zu den „drei Kronen“, sehr bald ohne Mittel. Gräfin Szechenyi-Haugwitz, der er seine Liebe gestanden und der er für den Fall der Ueberwindung aller Hindernisse die Ehe versprochen hatte, war ihm nachgeeilt. Sie leitete die Scheidung von ihrem sehr reich gewesenen Gatten ein, um ganz dem Geliebten leben zu können. Was sie besaß, teilte sie mit dem verarmten Habsburger.

Wenn gar kein Geld mehr vorhanden war, reiste sie nach Oesterreich, holte Perlen, Juwelen aus dem Familienbesitz, schmuggelte mit größter persönlicher Gefahr alles über die Grenze und verkaufte in der Schweiz, so gut sie konnte, nur um den „hohen Herrn“ möglichst alle persönlichen Sorgen und Gefahren fernzuhalten und seinen Lebensunterhalt ihm zu sichern. Sie gab mit vollen Händen, was sie besaß und was sie nicht besaß! (Also gestohlen hat die verliebte Gräfin auch — aus lauter Liebe natürlich. Die Red.)

Denn in der ganzen reichen Baseler Gesellschaft, wo die schöne Gräfin sehr beliebt war und eine angesehene Position eingenommen hatte, war sie bemüht, ihrem „Erzi“ Geschenke aufzubringen. Was hat sie nicht alles aufgeboten, damit sein 60. Geburtstag zu einem großen und für ihn einträglichen Fest der gesamten Baseler Gesellschaft werde! Es gab für die Frau nichts anderes als den über alles geliebten Mann! Nie hat der Gedanke an irgend einen Vorteil sie geleitet, nie wollte sie etwas anderes sein als hingebende fürsorgende Frau.

Und wie hatte er es ihr gedankt? Nach jahrelangem Herumziehen, nachdem sie alle Brücken hinter sich abgebrochen und kein anderer Weg als die endgültige Vereinigung mit dem nun 62jährigen Mann mehr für sie existierte — da eröffnete er ihr eines Tages in voller Schamlosigkeit, daß er eine andere „liebe“ —, die andere war eine sehr reiche Witwe, mit Schweizer Franken ausgestattet, statt mit seelischen und körperlichen Vorzügen!

Und die schöne Gräfin konnte die Kränkung und die Schande nicht überleben. Sie hat sich die ewige Ruhe erkämpft — er wird keine Ruhe mehr finden bis zu seinem letzten Atemzug!“

Der alte Galan wird sich nicht viel daraus machen, wenn er nur gut leben und — lieben kann. Die Liebe von Fürsten war in der ganzen Geschichte nie dauerhaft.

Ein lieber Kerl.

Sie ist zwar erst 26 Jahre alt und verheiratet, will sich aber von ihrem Mann, dessen dritte Frau sie ist, scheiden lassen. Der Mann will nicht in die Scheidung einwilligen und so glaubt sie ihr Ziel, die Scheidung, auf anderem Wege erreichen zu können. Kaum beschlossen, schon getan. Ihr Mann kommt nach Hause, ißt Abendbrot und legt sich schlafen. Die Frau besorgt ein Pfund Schießpulver, wickelt das Ding in Zeitungspapier und als sie glaubt, der Mann schlafe schon, legt sie die ganze Geschichte unter das Bett, zündet an und begibt sich in aller Seelenruhe in die danebenliegende Küche, um abzuwarten, was nun mit dem Mann geschehen werde. Es klappt aber nicht. Der Mann schläft noch nicht, beobachtet die ganzen Manipulationen seiner lieben Frau, springt mit einem Satz aus dem Bett, erstickt das schon brennende Zeitungspapier und verhindert so im letzten Augenblick unabsehbares Unheil.

So geschehen in München. Die Frau wurde zu einem Jahr Gefängnis verurteilt.

Ein niedliches Kindergeschichtchen

das Paul Lindau einst am Stammtisch im Cafe des Westens nächtlicherweile erzählte, wird von der Zeitschrift „Die Dame“ mitgeteilt: Paul Lindaus damals ganz kleines Töchterchen hatte eine Lieblingspuppe. Nicht etwa, weil es ein Geschenk des Fürsten Bismarck war, hatte sie die Puppe so sehr in ihr kleines Mutterherzchen geschlossen, sondern, wie es bei Kindern so oft der Fall, weil selbige Puppe ramponiert, geschlissen war und ihr diverse Gliedmaßen fehlten. Ein herzlich verwahrlostes Wesen war diese Puppe. Als die Kleine einmal wieder mit diesem Lieblingswesen an den Schreibtisch des arbeitenden Lindau herantrat, damit er es begrüße, sagte der Vater ungeduldig: „So schmeiß doch schon endlich diese Puppe fort, sie stinkt ja abscheulich.“ Und tieftraurig und vorwurfsvoll versetzte das in seinem Herzen verletzte Kind: „Dich stinkt sie abscheulich. Aber mich stinkt sie wunderschön.“

Vom Schlaf der Kinder.

Wann sollen kleine Kinder zu Bett gebracht werden? Viele junge Mütter glauben, je früher sie ihr kleines Kind zu Bett bringen, um so länger schläft es, und sie bleiben am Morgen von ihm ungestört.

Dies ist ein Irrtum, der sowohl Kind wie Mutter benachteiligt. Häufig werden kleine Kinder um die sechste Stunde ungemütlich und unzufrieden und die Mutter tut alles mögliche, sie zu unterhalten, wozu sie manche, für dringende Arbeiten nötige Zeit opfert. Sagt man ihr, das Kind sei müde, so antwortet sie, so früh dürfe sie es nicht zu Bett bringen, denn dann wache es zu früh wieder auf. Weit gefehlt, das Gegenteil ist richtig. Ein Kind, das künstlich munter gehalten wird und den normalen Ermüdungspunkt überwindet, wird an seinen Nerven geschädigt, schläft schwer ein und wacht eher früher auf, als wenn es rechtzeitig eingeschlafen wäre.

Bis mindestens zum vierten Jahre sollten Kinder spätestens um $1/2$6 Uhr Abendbrot erhalten und um 7 Uhr im Bett liegen. Und die letzten zwei Stunden vor dem Schlafengehen sollte man sich in keiner Weise mit dem Kinde beschäftigen und es anregen.

Kleine Beiträge.

Betrunken im Ehebett des Vorgesetzten. Ein Meineidsprozeß gegen den Polizeileutnant St. beleuchtete ein wahrhaftes Familienidyll. St., der in einer mitteldeutschen Stadt bedienstet war, verkehrte mit seinem Vorgesetzten, den Oberleutnant der Schutzpolizei F. und dessen Ehefrau in „freundschaftlichster“ Weise, d. h. indem er der holden Gattin seines Vorgesetzten rosaduftende Briefchen schrieb, worin er sie mit „liebes Kind“ und „Du“ anredete. Als der Oberleutnant eines Nachts heimkam, wurde auf sein Klopfen nicht geöffnet, und er benützte eine eingeschlagene Glasscheibe, um die Tür von innen zu öffnen. Als er in das finstere Schlafzimmer kam, hörte er, wie seine Frau erschreckt ausrief: „Mein Mann kommt.“ Im ehelichen Bett lag der Leutnant in festem Schlaf.

Der Oberleutnant wollte sich nun von seiner treuen Hälfte scheiden lassen. Einen weiteren Beweis gegen sie glaubte er in einem Briefe zu finden, in dem der Leutnant das „liebe Kind“ beruhigte, es könne sich auf seine Aussage verlassen. Der Leutnant beschwor, daß nichts zwischen ihm und der Frau passiert wäre, was ihm eine Anklage wegen Meineids eintrug. In der Verhandlung vor dem Schwurgericht gab er an, daß er an jenem Abend sinnlos betrunken gewesen sei und nicht wisse, wie er in das fremde Gärtchen gelangte. Zahlreiche Zeugen bekundeten, daß sich der Leutnant jeden Abend an Bier, Schnäpsen, Wein und Sekt besoffen habe. Frau F. gab an, daß der Angeklagte nachts in die Wohnung eingedrungen sei, sich trotz ihres Protestes entkleidet ins Bett gelegt habe.

Der Staatsanwalt beantragte drei Jahre Zuchthaus. Bei einem Offizier fragt das Gericht nicht danach, wer ihm die Wohnung geöffnet habe und warum die treue Gattin mit dem „unerwünschten Eindringling“ im Bette blieb, und sprach demgemäß den Herrn St. frei.

Der unsittliche Pfarrer. Der Pfarrer Wilhelm Schmitz in Zschornewitz, Kreis Bitterfeld, hat sich an sechs schulpflichtigen Mädchen, die er auf die Konfirmation vorbereiten sollte, unsittlich vergangen. Er hatte sich deshalb am Freitag vor dem Schöffengericht in Halle, dem er aus der Untersuchungshaft zugeführt wurde, zu verantworten. Die Verhandlung fand hinter verschlossenen Türen statt, damit nicht alle Einzelheiten seiner sexuellen Handlungen bekannt werden sollten.

Der Pfarrer wurde unter Zubilligung mildernder Umstände zu $1\frac{1}{2}$ Jahren Gefängnis verurteilt. In der Urteilsbegründung heißt es, daß die Verhandlung ergeben habe, Schmitz habe sich in sechs Fällen an schulpflichtigen Mädchen in unsittlicher Weise vergangen. Der Richter geißelte in scharfen Worten die unzüchtigen Handlungen des Pfarrers.

Nur keine Furcht, guter Junge!

Eine Ermutigung zur Ehe.

Von Maximilian.

Du fürchtest dich vor der Ehe, guter Junge! Ich kann das verstehen. Bin selbst verheiratet. Vielleicht noch zu kurz, vielleicht schon zu lange. Aber dennoch: ich rate dir zur Ehe, ich ermutige dich dazu. Ich habe eine Philosophie für dich erdacht, und du brauchst nichts zu tun, als ihre Weisheit nicht zu vergessen. Höre:

Wenn du heiratest, ist von zwei Dingen eines gewiß: entweder du heiratest glücklich oder du heiratest unglücklich.

Wenn du glücklich heiratest, brauchst du dich vor der Ehe nicht zu fürchten. Denn dann ist sie das Paradies auf Erden. Aber wenn du unglücklich heiratest, dann ist von zwei Dingen eines gewiß: entweder du gewöhnst dich an deine Frau oder du gewöhnst dich nicht an deine Frau.

Wenn du dich an deine Frau gewöhnst, brauchst du dich vor der Ehe nicht zu fürchten, denn der Mensch ist ein Gewohnheitstier. Wenn du dich aber an deine Frau nicht gewöhnst, dann ist von zwei Dingen eines gewiß: entweder gewöhnt sich deine Frau an dich oder sie gewöhnt sich nicht an dich.

Wenn sich deine Frau an dich gewöhnt, brauchst du dich vor der Ehe nicht zu fürchten, denn dann ist dir große Freiheit gegeben. Wenn sich aber deine Frau nicht an dich gewöhnt, dann ist von zwei Dingen eines gewiß: entweder du läßt dich scheiden oder du läßt dich nicht scheiden.

Wenn du dich scheiden läßt, brauchst du dich vor der Ehe nicht zu fürchten. Denn dann hast du sie bald hinter dir. Wenn du dich aber nicht scheiden läßt, dann ist von zwei Dingen eines gewiß: entweder du überlebst deine Frau oder du überlebst sie nicht.

Wenn du deine Frau überlebst, dann brauchst du dich vor der Ehe nicht zu fürchten. Denn dann hast du die Frau und die Ehe hinter dir. Wenn du deine Frau aber nicht überlebst, dann sind von zwei Dingen alle zwei gewiß: daß du tot bist und daß man dich begräbt (oder verbrennt).

Was also, guter Junge, hab' ich dir gleich am Anfang gesagt? Du brauchst dich vor der Ehe nicht zu fürchten!

Der unpraktische Zeppelin.

Humoreske von C. Ponte.

Unser Fritzchen wird bestimmt mal Luftschiffer, das steht fest; „Zeppelin“-Fahrer natürlich; vorläufig sitzt er in Sexta.

Heute kommt er ziemlich bedrückt aus der Schule nach Hause; ich merke gleich: da hat was nicht gestimmt.

„Na“, frage ich, „was war los, was hat's gesetzt?“

„Gesetzt hat es nichts“, erwidert Fritzchen halb betreten, halb ärgerlich.

„Was denn? Rausgeschmissen?“

„Nein, — — Ecke gestanden, in Erdkunde“, kommt es zögernd.

„Warum?“

„Ja, Mutti, es ist doch wahr, daß er sechzig Stunden braucht?“

„Wer denn?“

„Na, der „Zeppelin“ für seine Fahrt nach Amerika!“

„Ja, ich glaube es.“

„Mit allen Motoren?“

„Na ja, gewiß doch! Aber deshalb bist du doch nicht in die Ecke gestellt worden?“

„Doch! — nämlich, weil ich gelacht habe.“

„Worüber?“

„Weil uns der Lehrer verulken wollte!“

„Verulken — —?“

„Ja, Mutti, er hat nämlich gesagt, die Sonne bewegt sich gar nicht, aber die Erde dreht sich immer selber rum, und wenn es bei uns schon Abend ist, dann ist es in Amerika erst Mittag, und ob wir das begriffen hätten?“

„Na, und — —?“

„Aber Mutti, da habe ich natürlich furchtbar gelacht und zu Karlchen Meier gesagt, das wäre alles bloß Ulk!“

„Wieso soll denn das Ulk sein?“

„Aber Mutti, dann brauchte ja der „Zeppelin“ bloß hochzusteigen, weißt du, ordentlich hoch über die Wolken, wo kein Wind mehr ist. Und dann dreht sich die Erde fix immer weiter, und wenn Amerika kommt, geht er wieder runter. Denk' mal, bloß so von Mittag bis Abend, aber man keine sechzig Stunden!“

„Aber Junge — —!?“

„Na, siehst du, und das könnte ja schließlich sogar irgend ein schlapper Ballon. Wozu brauchten wir dann 'n „Zeppelin“ mit 'nem halben Dutzend Motoren?“

„Aber Junge!“

„Ach, laß man, Mutti, er hat sich ja bloß geärgert, daß ich es gleich gemerkt habe!“

„Wer denn?“

„Der Lehrer!“

Humor.

Ein Salomo.

Friedensrichter: Die Dame bezichtigte Sie, ihr auf offener Straße einen Kuß geraubt und sie dadurch schwer beleidigt zu haben!

Angeklagter: O nein! Ich habe nicht ihren Kuß geraubt, sondern ihr meinen gegeben, und wenn sie ihn nicht gewollt, hätte sie ihn zurückgeben können und keiner wäre beleidigt gewesen.

Friedensrichter: Sie sind immerhin das Karnickel, das angefangen hat, und geben mir zehn Mark Buße an die Armenkasse — und Sie, Fräulein, geben mir den fraglichen Kuß, damit das Streitobjekt aus der Welt und wieder Frieden ist!

Entsprechend.

‚Ihre Frau war wohl früher auch eine tüchtige Stenotypistin?‘

„O ja, sie spricht heute noch 200 Silben in der Minute.“